

SHORT NEWS

Ce samedi : contre TTIP et tout le reste !

(lm) - Dans le cadre de la Journée européenne contre les traités de libre-échange, c'est Stop Tafta Luxembourg qui a repris le flambeau. Le comité appelle à une marche de protestation « contre les traités néolibéraux TTIP, Ceta et Tisa », samedi 11 octobre à 15h au départ de la place du Glacis. Rappelons que Stop Tafta est une initiative de citoyen-ne-s engagé-e-s qui se considère comme complémentaire de la plateforme d'ONG contre le TTIP (woxx 1266). Pour le moment, officiellement, cette plateforme ne soutient pas la marche, mais des membres d'ONG et syndicats comme l'OGBL, le Mouvement écologique ou Greenpeace devraient y participer.

Sektorpläne in der Debatte

(rg) - „Wéi soll eist Land an 20 Joër ausgesinn? Déi sektoriell Pläng téschent Zoustëmmung a Kritik“ lautet das Thema einer Diskussionsrunde, die der Mouvement écologique am Donnerstag, den 16. Oktober, um 18h15 im Oekozyklus Pafendall veranstaltet. Die Regierungsmitglieder François Bausch, Dan Kersch und Maggy Nagel, sowie Emile Eicher, Präsident des Syvicol werden sich u.a. folgenden Fragen stellen: Ist die zentrale Idee der Sektorpläne das Wachstum zu „organisieren“ oder eine harmonische Zukunftsentwicklung des Landes zu gewährleisten? Handelt es sich um ein Vorgehen zusammen mit eigenverantwortlichen Gemeinden oder um eine Planung „von oben herab“? Gibt es eine Priorität für die Mobilisierung von bestehendem Bauland oder für eine Ausweisung von neuen „projets d'envergure“ auf der „grünen Wiese“? Der Mecos will auch herausfinden wie Anregungen von BürgerInnen und Gemeinden aufgegriffen werden.

Der falsche Norry

(rg) - Im Thema-Artikel der vergangenen Woche zur Kohärenz der Luxemburger Politik gegenüber den Entwicklungsländern kam es zu einer ärgerlichen Namensverwechslung. Die kritischen Anmerkungen zum Thema Agro-Kraftstoffe und deren negativen Einfluss auf die Nahrungsmittelsicherheit im globalen Süden stammten natürlich von Norry Schneider, der für die Caritas als Bildungsbeauftragter arbeitet, und nicht vom Umweltexperten Norry Kirsch, der bereits 1997 verstorben ist.

woxx@home



woxx@woxxenende

Ein Ferienhaus mieten, Radfahren entlang der Küste, gemütliches Beisammensein - was will man mehr?



AKTUELL

FRAUEN IN EL SALVADOR

Am Abgrund

Anina Valle Thiele/Amnesty International

Gewalt gegen Frauen durch das Verbot des Schwangerschaftsabbruchs gehört in El Salvador zum Alltag. Die Folgen sind dramatisch.

„Am Rande des Todes“ - lautet der Titel eines alarmierenden Berichts zur Situation der Frauen in El Salvador. Seit 1998 sind Schwangerschaftsabbrüche dort gänzlich verboten. Wer dennoch einen Abbruch vornimmt, dem droht jahrzehntelange Haft. Die Selbstmordraten schnellen gerade bei jungen Frauen in die Höhe - zwei bis drei Prozent der Abtreibenden sind zwischen 15 und 19 Jahre alt. Obschon in El Salvador zahlreiche internationale Abkommen in Kraft sind - darunter auch die UN-Antifolterkonvention - und die vorherige Regierung ein Gesetz verabschiedet hat, das Gewalt gegen Frauen unter Strafe stellt, werden die Rechte von Frauen mit Füßen getreten. Ärzten sind rechtlich die Hände gebunden. Dabei kommen die Auswirkungen auf die betroffenen Frauen einer Folter gleich.

Institutionelles Amalgam

Denn längst zieht sich die Diskriminierung von Frauen durch alle gesellschaftlichen Bereiche. Wird ein illegaler Schwangerschaftsabbruch bemerkt, werden die Frauen häufig von ihrem Arbeitgeber oder auch von Krankenhäusern denunziert, medizinische Hilfe wird ihnen oft verweigert und sie werden mit Anschuldigungen konfrontiert. Am stärksten betroffen sind Frauen aus den ärmsten Schichten, wo Abtreibungen häufig aus Verzweiflung in wirtschaftlichen Notlagen geschehen. Fallbeispiele machen die Situation plastisch: Maria Teresa*, die von ihrem Arbeitgeber bei der Polizei denunziert wurde, als sie während der Arbeit Blutungen bekam und ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Oder Manuela, die 2008 wegen Verdachts auf Abtreibung festgenommen wurde. Der Krebskranken wurden bei ihrer Verhandlung keine Anwälte zur Seite gestellt, eine medizinische Versorgung wurde ihr verwehrt. Dabei war die Tatsache, dass sie ihr Kind verlor, vermutlich unmittelbare Folge ihrer Krankheit. Wegen „Mordes“ wurde sie zu 30 Jahren Haft verurteilt und starb zwei Jahre später im Gefängnis.

Starker Druck geht von der katholischen Kirche aus. Die bestehende Gesetzesregelung spiegelt den politischen Willen wider. Und das, obwohl

mit Sanchez Céren seit Juni 2014 ein Ex-Guerilla-Kommandant der FMLN das Land regiert. Trotz seit 1992 erzielter Fortschritte beim Schutz von Menschenrechten und trotz konkreter Regelungen, die Frauenrechte stärken, besteht die Diskriminierung des weiblichen Geschlechts in El Salvador fort. Geschlechterstereotype, wie die Reduktion der Frau auf ihre reproduktiven Fähigkeiten, herrschen vor. Im ai-Report berichtet eine Frau, die Opfer von Gewalt in der Ehe wurde, dass ihr der Richter in der Verhandlung riet, „eine Messe zu besuchen, um ihre Partnerschaft zu verbessern.“ Justiz, Legislative und exekutive Gewalt bilden ein Amalgam, das die Gewalt gegen Frauen institutionell macht. Dabei fordern - laut einer Zeitungsumfrage in „La Pagina“ 2013 - mittlerweile 74 Prozent der Bevölkerung ein Recht auf Abtreibung im Falle einer gesundheitlichen Gefährdung der Frau. In einem Land mit drei Millionen Frauen gibt es nur ein einziges Frauenhaus (mit 45 Plätzen). In ihrer Verzweiflung machen Frauen häufig von hochgefährlichen Methoden Gebrauch, indem sie sich chemische Mittel, Stricknadeln oder scharfe Gegenstände einführen; Frauen, die über die finanziellen Mittel verfügen, lassen dagegen den Eingriff in geheimen Krankenhäusern vornehmen. Dabei sind unsichere Abtreibungen weltweit die drittgrößte Ursache für Sterbefälle. Schätzungen zufolge nahmen 2008 weltweit 21,6 Millionen Abbrüche vor, die zum Tod von 47.000 Frauen führten; in El Salvador wurden zwischen 2005 und 2008 etwa 19.290 Abtreibungen vorgenommen; 27,6 Prozent bei Mädchen. Derzeit sind 17 Frauen wegen illegaler Schwangerschaftsabbrüche im Land inhaftiert. Der ai-Bericht kommt zu dem Schluss, dass das Verbot die Frauen El Salvadors gesellschaftlich marginalisiert und zu Selbstmorden führt.

Am Beispiel El Salvadors wird klar, dass strukturelle Diskriminierungen selbst in Staaten verbreitet sein können, deren Regierungen sich als „links und progressiv“ ausgeben. In El Salvador wird über den Körper der Frau verfügt. Wie die Entwicklung in Spanien zeigt, können einmal erlangte progressive Regelungen durch einen Machtwechsel schnell wieder aufgehoben werden. Die Rechte der Frauen werden so zum Spielball der Politik.

*Namen der Frauen wurden geändert.